

Stellungnahme des Staatsarchivs Bremen vom 12.5.2023 für das ASV
Zum Beschluss des Beirats Neustadt zur Umbenennung der Langemarckstraße
Auszug:

Zu den historischen Hintergründen des sog. Langemarck-Mythos in Bezug auf die Erste Flandern schlacht im Jahr 1914 sowie zur Umbenennung der Großen Allee, Kleinen Allee und der Meterstraße in Bremen in „Langemarckstraße“ im Jahr 1937 hatte sich das Staatsarchiv bereits mit Schreiben vom 1.2.2023 ausführlich geäußert. Ebenso hatten wir Ihnen am 1.3.2023 eine Stellungnahme zur grundsätzlichen Eignung der Person Gerorg Elser für eine Straßenbenennung zugesandt. Deren Einzelheiten müssen hier nicht noch einmal angeführt werden, zumal sie inhaltlich nicht in Widerspruch zu den Informationen stehen, die die Georg-Elser-Initiative zum Langemarck-Mythos, der Straßenbenennung 1937 und der Person von Georg Elser vorgebracht hat.

Es sei aber vorweg betont, dass mit Senatsbeschluss vom 29.11.2001 zur Benennung eines Georg Elser-Wegs in Bremen (Vahr) das Ansinnen der Georg-Elser-Initiative, „das Andenken an(...) Georg Elser aufrecht zu erhalten“, bereits seit Jahren mit der Benennung einer Verkehrsfläche - zumal auf Antrag derselben Initiative (!) - erfüllt ist. Auch bleibt zu fragen, ob der vorliegende Antrag eine nicht zulässige Doppelbenennung anstrebt, denn warum die bestehende Verkehrsfläche dem Andenken nun nicht mehr genügen und nun durch ein städtische Hauptstraße ergänzt/ ersetzt (?) werden soll, wird in dem Antrag nicht thematisiert oder beantwortet.

Dessen ungeachtet hat das Staatsarchiv geprüft, inwiefern die Gründe, die für eine Umbenennung der Langemarckstraße in Georg-Elser-Allee vorgebracht werden, stichhaltig sind und ob Gründe namhaft zu machen sind, die diesem Vorhaben aus historischer Sicht entgegenstehen. Dies zumal es sich bei der Langemarckstraße um eine der wichtigsten und längsten Verkehrsachsen nicht nur der Neustadt handelt, ihr also Bedeutung über den Stadtteil hinaus zukommt.

Die besondere Bedeutung des Straßenzugs war bereits 1937 auf Initiative des Reichstudentenführers Grund für die Umbenennung in Langemarckstraße. Sie erfolgte am sog. Langemarcktag 1937 (11.11.) in der klaren Absicht, mit der Erinnerung an ein seit den 1920er Jahren mythologisch verklärtes Ereignis des Ersten Weltkrieges und mit räumlicher Nähe zur technischen Lehranstalt (heute Hochschule Bremen) eine Maßnahme im Sinne der NS-Propaganda zu vollziehen.

Dass die Straße nach dem Ende der NS-Diktatur bei der Revision von Bremer Straßenbenennungen, die eindeutigen NS-Bezug zeigten und in der NS-Zeit erfolgt waren, nicht wieder rückbenannt wurde, ist dem doppelten Charakter der Erinnerung an die Opfer des Ersten Weltkriegs zuzuschreiben. Auch wenn diese in der NS-Zeit propagandistisch überhöht und missbraucht wurde, so konnten sich

weite Kreise der Bevölkerung auch nach 1945 mit einem ehrenden Andenken an -
zumal junge - Gefallene des Krieges positiv identifizieren. Insoweit war auch das
Denkmal für die Gefallenen der technischen Lehranstalt (heute vor der
Hochschule Bremen) seit 1934 ein anerkannter Bremer Erinnerungsort, dessen
Wirkung im Kontext der Beibehaltung des Straßennamens nach 1945
mitzudenken ist.

Dennoch blieb der problematische Hintergrund dieses Straßennamens nach 1945
weder verborgen, noch unwidersprochen. Das Unbehagen, eine NS-Maßnahme
unreflektiert im öffentlichen Raum stehenzulassen, stieß seit Ende der 1970er
und Anfang der 1980er Jahre auf Widerspruch und führte 1982 vor dem
Hintergrund der Adressierung der (neu gegründeten) Hochschule Bremen zu einer
Initiative zur Umbenennung. Eine solche war jedoch nicht konsensfähig. Dennoch
hatte die Initiative wichtige Folgen: Im Nachgang der Auseinandersetzung erfolgte
1993 die Errichtung einer Erläuterungstafel am Denkmal vor der Hochschule und
damit die Kontextualisierung der komplexen historischen Zusammenhänge. Diese
waren schon in den 1980er und 90er Jahren kaum mehr geläufig und konnten so
in kritischer Auseinandersetzung in den öffentlichen Raum gestellt werden. Auch
eine dennoch erfolgte Attacke auf das Denkmal, dessen „Sturz“ (1988) und die
folgende Umwidmung sowie der Erhalt als Ort einer lebendigen Aus
inanspruchnahme gehören in diesen wichtigen Kontext. Eine erneute Initiative zur
Umbenennung der Langemarckstraße im Jahr 2005 veranlasste den Beirat
Neustadt zur Einberufung einer Einwohnerversammlung, die 2006 eine
Umbenennung der Langemarckstraße mehrheitlich ablehnte. Vielmehr stellte ein
„Arbeitskreis Geschichtspfad Langemarckstraße“ historische Dokumente und
Hintergrundinformationen im Internet bereit, bis er sich 2011 wegen
nachlassenden öffentlichen Interesses auflöste. Auf seine Arbeit gehen aber zwei
noch 2012 bei der Hochschule Bremen errichtete Tafeln zur Langemarckstraße
zurück.

All dies sind nur die sichtbarsten Etappen in der mittlerweile ca. 75-jährigen
Geschichte der Bremer Langemarckstraße. Diese stand in der NS-Zeit zwar
sieben Jahre lang unwidersprochen im Kontext der NS-Propaganda, hat seither
aber auf vielfältige Weise Anstoß zum kritischen Erinnern, zum Einordnen
historischer Zusammenhänge und zur Revision von überholten Vorstellungen
gegeben. Dabei bildet sie ungeachtet ihrer NS-Herkunft unwidersprochen auch in
Bremen im Kontext der kollektiven Erinnerung an den Ersten Weltkrieg einen
wichtigen Erinnerungsort. Zur Bremer Rezeption von Langemark und der
Langemarckstraße sei auch erwähnt, dass zwischen dem Ortsteil Borgfeld und
dem belgischen Langemark freundschaftliche Kontakte, ähnlich einer
Gemeindepartnerschaft bestanden

Auch und gerade mit ihrer ambivalenten Geschichte wird sie in diesem Kontext in

der Forschung sogar international positiv wahrgenommen.

So wandten sich 2022 - ohne direkten Bezug auf die Initiative zur Umbenennung - Vertreter der belgischen Gemeinde Langemark-Poelkapelle, des Flanders Fields Museums und des Centre for the History of War, Media and Society der Universität Kent in England mit einem Schreiben an den Bürgermeister, in dem sie auf die Bedeutung des Namens hinwiesen, aber gleichwohl eine Umbenennung als weder notwendig noch wünschenswert bezeichneten.

Wie Dr. Stephan Goebel, Direktor der Einrichtung an der Universität Kent dem Staatsarchiv Bremen versicherte, ging es den Unterzeichnern ausdrücklich nicht um eine Einmischung in die laufende Bremer Debatte. Umso mehr hat der Antrag zur Umbenennung aber große Irritation hervorgerufen, weil der in den letzten Jahren von dort beobachtete Bremer Weg der Kontextualisierung bei gleichzeitigem Erhalt dieser Benennung als fortschrittlich, ja als vorbildlich angesehen wird. In diesem Sinne war man an einer Zusammenarbeit interessiert. Dass nun eine Umbenennung nach einer Person ohne weiteren Ortsbezug erfolgen soll, wird als Verlust empfunden - auch weil in Belgien und England die Memoria an den Ersten Weltkrieg lebendiger als in Deutschland ist.

Dem kann das Staatsarchiv nur beipflichten, denn die wesentliche historisch-kritische Fehlleistung des vorliegenden Antrags besteht darin, dass der Eindruck erweckt wird, als werde allein der Benennungshintergrund der 1930er Jahre noch erinnert und unwidersprochen aufrechterhalten, ja, als lebe die NS-Ideologie darin potenziell fort und könne in der Bevölkerung geteilt werden, wenn sie nicht durch die Änderung des Namens getilgt wird.

Dies ignoriert die Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte und unterschätzt das kritische Reflexionsvermögen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Kaum jemand wird heute mehr den Argumenten der NS-Machthaber folgen wollen. Im Gegenteil fühlen sich viele der Auseinandersetzung auch mit den dunklen Phasen der Geschichte durchaus gewachsen, ohne dass sie dabei nach der Tilgung von Namen und dem Ersatz durch aktuell positiv erscheinende Heldenbilder verlangen. Zumal hieraus auch kein kritisch-modernes Geschichtsverständnis spricht. Für den öffentlichen Raum kann dies im Ergebnis, zumal bei gänzlich fehlendem Lokalbezug der Neubenennung sogar statt einer Bereicherung eine Verarmung sein. Dagegen sind auch Hinweise auf ältere Zustände „in geeigneter Form“ - wie im Beschluss des Beirats angedacht - kein Mittel.

So hat Bremens ehemaliger Bürgermeister Hans Koschnick - von der Georg-Elser-Initiative als prominenter Schirmherr angeführt - gerade in Bezug auf die Bremer Langemarckstraße darauf hingewiesen, wie wichtig solche Namen als Anstöße im öffentlichen Raum sind, damit man anhand ihrer ambivalenten Geschichte z.B. jüngeren Generationen Denkanstöße geben kann.

Ganz ähnlich denken auch viele Bremerinnen und Bremer, wie die kritische Resonanz auf die Umbenennungspläne in den Medien belegt

Abschließend sei zum Inhalt des Antrags selbst festgestellt, dass die dort angeführten angeblichen Bezüge von Langemark über Georg Elser bis hin zum Putinregime und dem Kriegsgeschehen in der Ukraine recht bemüht und sprunghaft, ja konstruiert wirken. Als Begründung für die geplante Umbenennung sind sie kaum nachvollziehbar und nicht überzeugend.

Im Ergebnis rät das Staatsarchiv in Hinblick auf die in Bremen gelebte Praxis historisch-kritischer Reflexion aus historischer Sicht von einer Umbenennung der Langemarckstraße in Georg-Elser Allee ab.

Prof. Dr. Konrad Elmshäuser